

# Dieseldepesche

## Reutlingen - Meßstelle Lederstraße

**Demo jeden Montag von 17:30 Uhr**

**bis 18:30 Uhr**

Reutlingens Antwort zu den drohenden Fahrverboten:

1. Die Gebäude Lederstraße 84, 86 und 88 erhalten einen photokatalytischen Anstrich.
2. Die Planungen für das Entfernen des Lärmschutzbauwerks an der Messstation und für eine neue, zurückversetzte Lärmschutzwand werden fortgesetzt.
3. Das Regierungspräsidium Tübingen wird mit Nachdruck aufgefordert, für die tatsächliche Einhaltung des LKW-Durchfahrtsverbots zu sorgen.
4. Die Idee des Regierungspräsidiums, eine Fahrspur der Lederstraße zur Umweltspur für Bus und Rad zu machen, wird erneut auf ihre verkehrlichen Auswirkungen hin geprüft.

### Stuttgarts Antwort:

**Stadt:** OB Kuhn (Grüne) Wenn es dem Land nur darum gehe, zwischen Messstation und Fahrbahn ein paar Meter Luft zu bringen, dann, so Kuhn, „kann man das Gerät auch in die Heilmannstraße versetzen, dann brauchen wir den **Zinnober** nicht“.

**Landesregierung:** Die Messstelle am Stuttgarter Neckartor wird von der Landesregierung nicht mehr als repräsentativer Standort für die Schadstoffmessung angesehen

**Unsere Antwort: Kein Fahrverbot -**

**Die Meßstelle Lederstraße verlegen,  
oder ihr den repräsentativen Status nehmen.**

Wie die betroffenen Städte mit den drohenden Fahrverboten umgehen:

### Münchens Antwort:

Die bayerische Landesregierung sieht sie als unverhältnismäßig an und will Ausweichverkehr in Wohngebiete vermeiden. Allerdings arbeitet München zugleich an mehr autofreien Zonen in der City.

Für die Ablehnung gibt es drei Hauptgründe: Zum einen zurückgehende Werte für die Stickoxidbelastung an verkehrsreichen Straßen und zum anderen die Tatsache, dass bei Messungen in Wohngebieten nirgendwo Grenzüberschreitungen festgestellt wurden. –

Bayerns Landesregierung geht damit auf direkten Konfrontationskurs zur politischen Lobby-Organisation Deutsche Umwelthilfe (DUH), die bundesweit Fahrverbote gerichtlich erzwingen will. Vorbei sein dürfte der Fahrverbots-Streit damit nicht, denn die Umwelthilfe wird gegen die Entscheidung der Landesregierung wohl erneut klagen. Bundesweite Unterstützung bekommt der staatlich geförderte Lobby-Verband dabei von SPD und Grünen. Andere Städte, in denen ebenfalls Fahrverbote drohen, könnten nun aber unter Zugzwang geraten: Die Behauptung, man könne sich nicht rechtlich gegen Fahrverbote wehren, wird durch das Beispiel München widerlegt.

### Düsseldorfs Antwort:

In Düsseldorf darf auf der neuen Umweltspur neben Elektrofahrzeuge, Fahrräder, Bussen auch der Oberbürgermeister Geisel (SPD) mit seinem Diesel-Dienstwagen fahren.



**Nicht das Klima ist bedroht,  
sondern unsere Freiheit!**

<https://dieseldemo.de/>

Facebook Gruppe: „Keine Fahrverbote in Reutlingen Aktionsplattform“

***Fahrverbote sind demokratiefeindlich***